

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3344 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 9

Duisburg, den 27. Februar 1926

27. Jahrgang

Wirtschaftskrise und Verbandskraft

Die augenblickliche Wirtschaftskrise ist nicht nur eine Sorgenquelle für den einzelnen von ihr erfaßten Arbeiter. Sie nimmt auch die Verbandskraft in einem außerordentlich starken Maße in Anspruch. Besondere Last ruht hierbei auf unserem Christlichen Metallarbeiterverband. Die Krise hat nämlich in besonders starkem Maße Wellen geschlagen im Gebiete der westdeutschen Eisen- und Metallindustrie, also in dem Gebiete, wo der Christl. Metallarbeiterverband seinen Hauptstützpunkt hat. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieses große Industriegebiet an 80 Prozent aller in Deutschland vorhandenen 211 Hochöfen zählt und von diesen im Januar nur noch 84 im Betrieb sind, dann läßt das Rückschlüsse zu auf die die starke Arbeitslosigkeit, die hier herrscht. Der Grad dieser Arbeitslosigkeit ist auch erkennbar an den amtlichen Statistiken. Während im gesamten Reichsgebiet nach der amtlichen Erhebung vom 15. Dezember auf je 1000 Einwohner 17,9 Hauptunterstützungsempfänger entfielen, waren es im Gebiete der westdeutschen Metallindustrie 26,3. Nach den Erhebungen des Instituts für Konjunkturforschung waren Ende Dezember 1925 in den deutschen Metallarbeiterorganisationen 17,2 Prozent der Mitglieder arbeitslos, während 31,2 Prozent in Kurzarbeit standen. Daraus geht unzweifelhaft hervor, wie stark unser Verband von der herrschenden Wirtschaftskrise berührt und in Mitleidenschaft gezogen werden muß.

Gerade in den so außerordentlich kritischen Tagen der Arbeitslosigkeit hat sich unser Verband trotz der furchtbaren Last als wertvolle Stütze seiner arbeitslosen Mitglieder bewährt. Es sind Hunderttausende und abermals Hunderttausende von Mark durch die Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslosen und damit auch den Familien der arbeitslosen Mitglieder zugeflossen. Viele Sorge konnte so durch die Mittel des Verbandes gemildert, viele Not abgemildert werden. Die finanzielle Hilfe, die der Verband so dem einzelnen bietet, ist ein lebendiger Ausdruck wahrer Kollegialität, echter Nächstenliebe. Jedes Verbandsmitglied trägt durch seinen Verbandsbeitrag sein Scherflein bei zur Linderung der Not des Nächsten. Das ist ein schöner, idealer Zug des gewerkschaftlichen Unterstüßungswesens, das allerdings noch nicht vollkommen ist, das vielmehr in mancher Hinsicht noch des Ausbaues bedarf.

Die Erhaltung eines gut geordneten und ausgebauten Unterstüßungswesens gründet sich auf den Verbandsbeitrag, also auf das Scherflein des einzelnen Mitgliedes. Auf ihm baut sich ja das ganze Leben, die ganze Arbeit und der ganze Erfolg der Organisation auf. Ohne ihn ist nicht denkbar der ungeheure, weit ins Leben und ins Volk greifende geistige Einfluß unseres Standes, ohne ihn ist nicht denkbar das jäheliebende Ringen unseres Standes um Vorwärtkommen, um Aufstieg. Alle unsere Arbeit, unser Verbandsorgan, das allwöchentlich in über 150 000 Exemplaren hinausgeht ins Land, das von den Nöten und vom Streben der Arbeiterchaft Kunde gibt, das unser Recht verteidigt, ferner die zielbewusste Arbeit unserer Betriebsräte und für unsere Betriebsräte, unser Ringen um Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts, unsere Sorge für die Jugend, alles baut sich auf auf dem so unscheinbaren Beitrag. Damit tritt uns aber auch die mannigfache Beanspruchung des Verbandsbeitrages klar vor Augen.

Wir haben einleitend dargelegt, wie groß heute infolge der Wirtschaftskrise die Ansprüche an die Verbandsmittel angewachsen sind. Diese Mittel sollen aber nicht nur einem einzigen Unterstüßungsweg dienen. Neben der Arbeitslosenunterstützung, die heute so große Summen erfordert, kommen ja noch andere Unterstüßungsarten in Frage: Kranken-, Wander-, Umzugs-, Sterbeunterstützung. Das ist schon ein ganz vielseitiges Unterstüßungsprogramm, das sich also auf dem einzelnen Beitrag aufbaut. Aber alle diese Unterstüßungen dürfen den Beitrag und damit die Einnahmen des Verbandes nicht aufzehren. Eine Organisation, die darauf keinen Wert legt, hätte

Ist das der richtige Weg

Der Finanz-, Zoll-, Preis- und Sozialpolitik weist die tiefste Krise der Gegenwart, welcher kein christlicher Unternehmer, natürlich auch kein christlicher Arbeiter ausweichen darf, den gebührenden Platz an.

Aber sie alle zusammen sind noch lange nicht das Herzstück dieser Problematik. Dieses Herzstück heißt: Eintracht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Es zeugt von erschreckend großem Mangel an elementarer wirtschaftlicher Klugheit der Unternehmer, daß sie fortgesetzt alles tun und fast nichts unterlassen, um anstelle der Eintracht die Zwietracht zu setzen.

Die meisten Unternehmer würden sich allerdings mit der Eintracht befremden, wenn sich der Arbeiter mit einer Objektstellung in der Wirtschaft abfände, wenn diese Eintracht nichts kostete und den alten Herrenstandpunkt nicht anfasste. Auf dem Boden einer solchen Mentalität ist ja eine Eintracht niemals zu erzielen.

Ein rheinischer Eisen-Industrieller in der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Januar 1926.

keine Bedeutung als Interessenvertretung, wenn ihr der notwendige finanzielle Rückhalt bei Streiks fehlt. Nur eine Organisation, die bestrebt ist, einen möglichst großen Teil des einzelnen Beitrages zurückzugeben, wird mit dem nötigen Nachdruck die Interessen unseres Standes nicht nur zu vertreten, sondern auch durchzuführen in der Lage sein.

Unsere Verbandsleitung hat im wohlverstandenen Interesse der Mitglieder selbst stets den größten Wert gelegt auf einen starken finanziellen Rückhalt. Der Erfolg dieses notwendigen Strebens ist durch die herrschende Erwerbslosigkeit gefährdet. Wie sehr die Verbandskraft dadurch angespannt ist, beweist die Tatsache, daß wir im 2. Quartal 1925 91 406 Mark allein an Erwerbslosenunterstützung ausgaben. Die Summe dieser Ausgabe stieg im 4. Quartal 1925 auf 235 088 Mark. Von letzterer Summe kamen allein für Dezember 1925 118 027 Mark in Frage. Die Arbeitslosigkeit hat aber seitdem keine Abnahme, sondern eine Steigerung erfahren. Damit sind aber auch die Ansprüche an den Verband seitdem noch gewachsen. Das bedeutet, daß die Verbandsmittel schon von dieser einen Unterstüßungsart in bedenklichem Maße in Anspruch genommen werden.

Das ist ein Zustand, der unter keinen Umständen zu einem Dauerzustand werden darf. Mit den Verbandsmitteln, also mit dem von dem einzelnen Mitglied geleisteten Beitrag, müssen auch die anderen Unterstüßungen bestritten, müssen die großen und für unsern Stand so bedeutsamen Aufgaben des Verbandes gestiftet werden. Weiterhin muß ein Reservefonds geschaffen werden können für eventuelle Kämpfe, die auch in Zukunft uns bedrohen sein werden. Daraus erhellt die Wichtigkeit des einzelnen Beitrages. Der einzelne Beitrag ist auch die Grundlage für die Erfüllung vieler Wünsche. Es ist an sich ganz natürlich, daß das einzelne Mitglied möglichst viel von seiner Organisation erwartet. Was von diesem erklärlichen Wünschen und Erwartungen verwirklicht werden kann, das bestimmt das einzelne Mitglied selbst durch seinen Beitrag. So schädigt das Mitglied, das nicht in der richtigen Beitragsklasse steht, nicht nur den Verband, sondern, indem es denselben hemmt in der Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben, letzten Endes sich selbst. Der einsichtige Gewerkschaftler wird deshalb nie Segner einer guten Beitragsgestaltung sein können. Er weiß, daß sich auch ein scheinbar hoher Beitrag reichlich verzinst. Das zeigt ein Ueberblick über unsern Erfolg im letzten Krisenjahr. Während früher wirtschaftliche Krisen die Arbeiterchaft zurückwarfen (siehe Verbandsorgan 7 und 8) konnten wir jetzt noch Fortschritte erzielen. So wurden in der Ortsverwaltung Duisburg Lohnhöhungen für den einzelnen Arbeiter erzielt im Betrage von 200 bis 500 Mark pro Jahr. In der Ortsverwaltung Hamm i. W. wurden an Mehrverdienst bei normaler Arbeitszeit im vergangenen Jahre erzielt in Gruppe 1: 202,20 Mark, in Gruppe 2: 178,00 Mark, in Gruppe 3: 140 Mark.

An Beiträgen sind im vergangenen Jahre in der 1. und 2. Gruppe höchstens 52 Mark, in der 3. Gruppe höchstens 41,60 M. gezahlt. Diese Beiträge sind den Kollegen durch die Lohnhöhungen mit durchschnittlich 265 Prozent verzinst worden.

Daraus erhellt, daß der geleistete Beitrag zum erzielten Erfolg in einem sehr bescheidenen Verhältnis steht und selbst bei einem höheren Beitrag der Verband immer noch die beste Sparkasse ist und bleibt. Dabei gibt es bezüglich der Zahlung des Beitrages doch nur Zwangsläufigkeiten. Die Arbeiter zahlen den Beitrag entweder an die Organisation oder unmittelbar an den Arbeitgeber, indem eine nichtorganisierte Arbeiterchaft schales allen Lohngestaltungsabsichten des Unternehmertums preisgegeben ist. Was da für „eblle“ Absichten bestehen, zeigte neuerdings wieder Nordwest, das den Arbeitern einen Lohnabzug von 10 bis 15 Proz. zumutete. Die Verwirklichung solcher Pläne kann nur eine gut organisierte Arbeiterchaft verhindern, die Wert gelegt hat auf eine in jeder Hinsicht und besonders finanziell auf der Höhe stehende Organisation. Und die wollen und müssen wir schaffen. Dabei ist besonders zu beachten, daß Nordwest nicht allein in seinem Streben steht. Der Drang nach Lohnabbau, nach Beseitigung des Tarifvertrages, des Urlaubs usw., nach Kürzung der sog. „Soziallast“ beherrscht heute die weitesten Kreise eines Unternehmertums, das mit unheimlicher Energie und unablässiger Zähigkeit sein Ziel verfolgt. Und das sich dabei stützt auf gewaltige organisatorische und finanzielle Mittel. Fest steht eine: Wenn die Arbeiterchaft sich nicht endlich zu einer den Verhältnissen angepassten Beitragsgestaltung aufschwingt, dann steht außerordentlich vieles, wenn nicht alles auf dem Spiel. Dabei ist doppelt bezeichnend für uns als organisierte Arbeiter, daß nur gegenüber der Gewerkschaft gekauert wird. Arbeiter-, Gesellen-, Turn-, Sport-, Gesang- und alle sonstigen Vereine erheben heute das Drei-, Vier- und Mehrfache des Friedensbeitrages. Daran stößt sich niemand. Nur der Organisation, dem notwendigsten Verein gegenüber, ist man zurückhaltend. Das ist der verkehrteste Weg. Das mit aller Deutlichkeit zu sagen, gebietet der Ernst der Stunde. Wir müssen endlich einmal heraus aus der Pfennigknäuelerei, müssen eine Beitragspolitik wollen, die den Verband in die Lage versetzt, allen Ansprüchen in jeder Hinsicht gerecht zu werden.

Bedeutende Schiedsprüche

Lohnschiedspruch in der Gruppe Nordwest.

Die am 11. Februar ergebnislos verlaufenen Lohnverhandlungen für die Arbeiter der Metallindustrie im Bereiche der Nordwestlichen Gruppe wurden am 18. Februar fortgesetzt. Die Grundlage der Verhandlungen bildete die vom Arbeitgeberverband ausgesprochene Kündigung des bestehenden Lohnabkommens mit der Absicht einer Lohnkürzung. Die Verhandlungen im Gebäude der Verufsgenossenschaften standen unter dem Vorsitz des Generaldirektors N a b e vom Klöckner-Konzern. Die Arbeitgeber erklärten, daß für die Betriebe in der Eisenindustrie der bisherige Tariflohn (Facharbeiter 70 Pf., Hilfsarbeiter 55 Pf.) untragbar sei. Die Werke müßten ihre Produktion unter dem Selbstkostenpreis abgeben. Eine Gruppe müsse endlich den Anfang mit dem Lohnabbau machen. Nach der Nordwestlichen Gruppe müßten die anderen folgen. Die Arbeitnehmer verwiesen darauf, daß, ehe man an den Lohnabbau herangehen könne, man andere Unkostenkonten in den Betrieben abbauen müsse. Der bisherige Lohn sei derartig niedrig, daß schon heute eine große Notlage in der Arbeiterchaft herrsche. Zudem seien ja nicht bloß die Werkpreise maßgebend, sondern auch die Verkaufspreise, die in den von den Arbeitnehmern gegründeten Handelsgesellschaften zustande kämen. Es sei notwendig, nicht nur die gegenwärtige Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten, sondern es liege im Interesse der Bevölkerung und nicht zuletzt der Metallindustrie selbst, die Kaufkraft noch zu steigern. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Daher berief der von den Arbeitern eingeladenen Schlichter, Reichskommissar M e h l i c h, die Schlichterkammer.

Die Schlichterkammer fällt nachstehenden Schiedspruch:

1. Die tarifliche Lohnregelung nach dem Schiedspruch vom 25. Juni bzw. 28. Oktober 1925 bleiben auch vom 1. März 1926 an weiter in Kraft.
2. Diese Regelung gilt un kündbar bis zum 1. September 1926 und kann von diesem Zeitpunkt an mit monatlicher Frist jeweils zum Monatsletzten gekündigt werden.
3. Erklärungsfrist am 23. Februar 1926.

Die Arbeitgeber verlangten in der oben genannten Sitzung ferner eine Entscheidung darüber, in welchem Umfange der Urlaub gekürzt werden könne, worauf die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß sie über diese Frage mit ihren Mitgliedern noch nicht verhandelt hätten. Die Angelegenheit könne deshalb heute nicht zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden. Auf eine Anregung des Reichskommissars erklärten sich die Arbeitgeber zu einer Beratung über die Urlaubsfrage in den nächsten Wochen bereit.

Schiedspruch in der Metallindustrie Hagen-Schwelm.

In der Metallindustrie Hagen-Schwelm hatte der Märkische Arbeitgeberverband Hagen das Abkommen zum 1. März 1926 gekündigt und einen Lohnabbau von 10 Prozent gefordert. Die Verhandlungen waren ergebnislos, so daß sich der Schlichter auf Anruf des Märkischen Arbeitgeberverbandes mit dem Lohnstreit beschäftigte.

Unter dem Vorsitz eines Vertreters des Schlichters fand am 18. Februar eine Schlichtungsverhandlung statt, in der ein Schiedspruch gefällt wurde, in dem das bestehende Lohnabkommen bis zum 30. Juni verlängert wird, jedoch kann die feste Zulage für Akkordarbeiter auf den Akkord umgerechnet werden.

Wir werden in nächster Nummer des Organs ausführlicher auf die Bewegungen zurückkommen.

Für die „Wirtschaftsführer“ Sonderzulagen — Für die schaffenden Stände Erwerbslosenunterstützung.

Daß unsere deutsche Wirtschaft äußerlich aus dem Leim gegangen ist, wissen wir. Daß innerlich in ihr an vielen Stellen noch ein Stück Raffetum und Inflationsgeist sich auswirkt, ist leider nur zu bekannt. Man sucht die Wirtschaftsnot dem Arbeitnehmer aufzuhalsen, ohne selbst einen entscheidenden Schritt zu tun im Abbau des Kontos „Handlungsunkosten“.

Wie es damit aussieht, berichtet die evangelische Kirchenzeitung „Mut und Kraft“ (Nr. 1, Halle 1926):

„In einem — nicht einmal großen — Betrieb in Halle erhielt im Sommer 1925, bei Feststellung des Gewinnes ein einzelner leitender Beamter über 40 000 (vierzigtausend) Mark Sondervergütung, ein einzelner weiterer Beamter über 30 000 (dreißigtausend) Mark Sondervergütung, weitere leitende Beamte durchschnittlich 8 000 (achttausend) Mark Sondervergütung außer ihrem Gehalt! Insgesamt sind weit über 100 000 Mark Sondervergütung ausgeschüttet worden.“

Wohin sind viele Arbeitnehmer entlassen und erhalten Erwerbslosenunterstützung. Nur wer selbst mit dieser Unterstüßung einen, zwei, drei Monate hat auskommen müssen, kennt das ganze Elend, das in dem Wort „arbeitslos“ liegt. Der genannte Betrieb war rentabel, wie die Gewinnausschüttung zeigt, brauchte man an einen Konkurs überhaupt nicht zu denken — mußte also wohl deshalb ent-

lassen, weil nicht genug Arbeit vorhanden war. Konnten die 100 000 Mark nicht in irgendeiner Form den arbeitslosen Werkleuten zugute kommen? Konnten diese nicht lange, lange davon leben?

Von den 100 000 Mark Sondervergütung dieses einen Betriebes konnten leben, konnten existieren: 1000 Menschen (Familien) einen ganzen Monat lang! Das bedeutet: Einen ganzen Monat haben 1000 bedrückte, gequälte Menschen die Möglichkeit, sich zu ernähren. Einen ganzen Monat lang haben 1000 zergrämte, zerförmte Frauenangefächter etwas hellere Augen."

Ist in einer solchen Zeit eine Gewinnausschüttung an einzelne leitende Beamte überhaupt zu verantworten, in einer Zeit, wo Hunderttausende von Menschen in Deutschland erwerbslos sind. Man wird sicher nicht zu viel behaupten, wenn man sagt, daß das nicht ein Einzelfall ist. Es ist viel faul in der deutschen Wirtschaft. Diesmal möchten wir das Wort „Wirtschaft“ auch gerne so angewandt wissen, wie es von Arbeitgeberseite geschieht: „Wir die Wirtschaft“.

Hochblüte des Kapitalismus

In Deutschland ist trotz mancher bestiger Anstrengungen die Hochblüte des kapitalistischen Einflusses gebrochen. Die Gewerkschaftsorganisationen haben durch ihren Einfluß, durch Tarifvertrag, Schlichtungswesen usw. die Stellung der Arbeiterschaft doch so fundam. Das ist trotz der Not der Zeit die Arbeiterschaft durch Erwerbslosenfürsorge wenigstens in etwa gesichert dast. Die Gewerkschaften haben diesen Kampf gegen den Kapitalismus siegreich geführt.

Die Hochblüte des Kapitalismus erlebt heute die russische Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft im Sowjetparadies.

Wenn man die Schilderungen der Sowjet-Zeitungen über die Lage der russischen Arbeiterschaft liest, dann wird man unwillkürlich erinnert an die Zeiten von 1820 - 1830, wo die deutsche Arbeiterschaft unter unsäglichen Entbehrungen und einem furchtbaren Druck litt. Die gleiche schwere Zeit macht heute die russische Arbeiterschaft durch.

Der „Trud“, das Organ der Sowjetgewerkschaften (N. „Vorwärts“ 15. Januar) bringt in einer Reihe von Nummern Schilderungen über die bellagerten Zustände, unter denen die russischen Arbeiter leben.

Die Klagen über den völlig ungenügenden Arbeiterschutz in der Arbeiter- und Bauernrepublik sind allgemein. So klagten vor kurzem die Delegierten auf dem Odesaer Kongress der Post- und Telegraphenbeamten: „Arbeiterschutz gibt es nicht. Die Wohnungsverhältnisse sind einfach unmöglich. Die Arbeiter schlafen in den Büros auf den Tischen.“ („Trud“ v. 24. Januar.) Selbst in solch einem Industriezentrum wie Petersburg verfahren wie die Arbeiterschutzkommissionen, so auch die Fabrikinspektoren. Die ersteren tun nichts, um darüber zu wachen, daß die Forderungen der Fabrikinspektoren erfüllt werden. Sie sehen diese auch nicht von den Mißständen und den Übertretungen gegen die Arbeiterschutzgesetze in Kenntnis. Die Inspektoren teilen wieder öfter die Resultate ihrer Feststellungen der Arbeiterschutzkommission nicht mit. („Trud“ v. 22. Januar.)

Die Folge davon ist ein ungeheures Anwachsen der Betriebsunfälle und der Berufskrankheiten. So beträgt allein in Petersburg im Jahre 1925

die Gesamtzahl der Unfälle das Dreifache

gegenüber dem Jahre 1924, bei einem Zuwachs von nur 50 Proz. an beschäftigten Arbeitern; - 7608 Unfällen im Jahre 1924 stehen 21 889 Unfälle im Jahre 1925 gegenüber. Allein in der Kranbahnwerkstatt gab es vom Mai an 78 Unfälle. Die Ursachen dieser Unglücksfälle illustriert unter anderem ein Artikel des „Trud“ vom 20. Januar. Er schildert die ungläublichen familiären Verhältnisse in einer großen Gummiabrik Petersburgs, die 10 000 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeit geht in einer unmöglichen Hitze vor sich, in einer Luft, die von giftigen Gasen erfüllt ist - die Ventilation soll erst im Jahre 1926 fertiggestellt sein -, an den Maschinen fehlen die einfachsten Schutzvorrichtungen. So mußten auch für die erste Hälfte des Jahres 1925 576 Unglücksfälle registriert werden, gegenüber 168 für das ganze Jahr 1924. Die Zahl der Berufskrankungen ist um 9,5 Proz. gestiegen. („Trud“ v. 20. Januar.) Die gleichen Klagen kommen von überall.

Am grauenhaftesten steht es wohl in den Bergwerken des Dongebietes aus. Fast zu gleicher Zeit schlagen die „Economichefskaja Schiften“, das offizielle Organ des obersten Wirtschaftsrats, vom 14. Januar und der „Trud“ vom 9. Januar Alarm. Da hat eine spezielle Kommission von Oktober bis Dezember die technische Lage der Bergwerke studiert. Nun ist auf Grund der abgeschlossenen Arbeit dieser Kommission das Zentralkomitee des Bergarbeiterverbandes zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Bergwerke in technischer Beziehung eine Gefahr bedeuten und die sofortige Durchführung einer Reihe von Maßnahmen erforderlich. Ventilation, medizinische Hilfe, Wasserversorgung, Badegelegenheiten und dergleichen fehlen. Die Arbeitsgesetze in bezug auf die Arbeitszeit, Ruhepausen, Jugendschutz, Ueberstunden usw. werden nicht eingehalten. Die Inspektion verlagert.

Die „Economichefskaja Schiften“ schildert wieder Eindrücke von dem Bergarbeiterzentrum „Stalino“ - genannt nach Stalin, dem augenblicklich mächtigsten Manne Sowjetrusslands. Der Ort macht seinem Namen Ehre, wie seine Tätigkeit dem russischen Volke wenig Ehre bringt. Es heißt da am Anfang des Berichtes: „Hier gibt es 18 000 Arbeiter. Ein mächtiges Metallwerk, eine chemische Fabrik und Bergwerke. Die Stadt ist überhaupt mit nichts vergleichbar. Kein Wasser, keine Kanalisation, überall ein gräßlicher, undurchdringbarer Dreck und Gestank - einigermaßen annehmbare Wohnungsverhältnisse fehlen gänzlich. Und eine Zerstörung wie in Moskau.“ So steht es im Arbeiterparadies aus - wahrhaftig nicht nachahmens- und beneidenswert. Und dann folgen Bilder des unlagbaren Wohnungselends, der „Verlorenheit“ des Arbeiters usw. Der Arbeiter sieht voll Weid, wie sauber und satt die Bauern der benachbarten Dörfer leben und wie bliden voll Verachtung auf die „hosenlosen“ Arbeiter herab. „Hosenloser“ Arbeiter - der Arbeiter der Arbeiter- und Bauernrepublik? ...

Die Lohnfragen

stehen selbstverständlich im Mittelpunkt der Arbeiterinteressen. Es ist ja bekannt, wieviel Streiks die Verzögerungen um die Lohnauszahlungen verursacht haben. Soeben erklärt aber der „Trud“ die Verfolgung der staatlichen Unternehmungen mit Lohngebern erneut für gefährdet. (9. Januar.) Es sind auch schon mehrmals wieder Fälle vorgekommen, wo man den Arbeitern die Löhne schuldig gelassen ist. Mit einem gewissen Neid wird im „Trud“ vom 20. Januar festgestellt, daß die Löhne in privaten Unternehmungen höher sind als in den staatlichen. Trotzdem reichen sie auch hier nicht aus, um die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Das Resultat ist, daß die Arbeiter Kontozahlungen beim Fabrikanten nehmen und auf diese Weise in ein unerträgliches Abhängigkeitsverhältnis von dem Arbeitgeber gelangen. Der „Trud“ verlangt, daß die Gewerkschaftsverbände sich endlich mal auch der Arbeiter in privaten Unternehmungen annehmen und für Schaffung von Sparereichtungen sorgen. Aber im „Trud“ vom 20. Januar führt ein Arbeiter bewegte Klage darüber, daß in dem großen Textilzentrum Dzedowo Suwo die Arbeiter einer großen Fabrik trotz des ungeheuerlich kalten Winters ohne warme Kleidung und ohne entsprechendes Schuhzeug herumlaufen mußten, da die Kasse nicht imstande war, alle Forderungen zu befriedigen und Lohnkredite nicht gewährt werden.

Dieses alles sind nur Ausschnitte, winzige, ungenügende Ausschnitte. Es waren ja auch deutsche Arbeiterdelegationen jetzt in Rußland. Hat man ihnen auch solche Zustände gezeigt? Hat man

ihnen auch von der Not erzählt? Oder hat man ihnen nur die bekannten „Potemkinschen Dörfer“ vor Augen geführt?

Ueber solche Verhältnisse sind wir durch die Kraft der Gewerkschaften bei weitem hinweg. Die deutschen Kommunisten, die deutsche Verhältnisse so gerne reformieren wollen, täten gut daran, mit ihrer „Energie“ sich Rußland zur Verfügung zu stellen. Aber dann würde vielleicht der russische Karren noch mehr in den Dreck geschoben.

Rundschau

Was heute verdient wird

Die Frage, warum die Produktion immer mehr zurückgeht, wird trefflich illustriert, wenn man einmal zusammenstellt, was diejenigen, die die Spannung zwischen Löhnen und Eigenverdienst noch vergrößern wollen, heute als Gewinn für sich in Anspruch nehmen. Die „Richtpreise“ mancher Innungen können nur noch als Leistungswucher angesehen werden. Dieselben Schuhhohlen, die man bei den Genossenschaftsschuhmachereien für 3 M bis 3,50 M erhält, kosten beim privaten Schuhmacher 6,50 bis 7,50 M. Einige Außenleiter kommen mit 4 bis 5 M aus. Und da sprechen die Innungen noch von äußerster Kalkulation. Maßschuhe werden mit 56 Mark berechnet. Die Maßschneidereien verlangen 80 bis 100 M Maßlohn für den einfachsten Anzug. Tischler, Klempner, Installateur- und Maurerarbeiten sind ein Schreden für alle, die notwendige Reparaturen auszuführen haben. Auf die Gesellen- und Lehrlingslöhne nehmen die Innungsmeister 100 bis 200 Prozent Aufschlag.

Weltwirtschaftskrise und Weltwirtschaftskonferenz

Gegenüber diesem gewaltig aufbegehrenden wirtschaftlichen Verlangen der neuen Welt, diesem ungeheuren geschlossenen Weltmarkt steht der eigentliche europäische Markt zerrissen da. In durchsperren politische Hemmnisse und wirtschaftliche Wälle kreuz und quer. Und das alles vollzieht sich auf einem Raum, der nicht größer ist als Nordamerika. In diesem zerrissenen wirtschaftlichen Europa will jedes Land und jedes Ländchen mit ungenügend wirtschaftlichen Kräften eine möglichst eigene wirtschaftlich-imperialistische Politik betreiben. Jedes Wirtschaftsgebiet will autark sein, d. h. es will wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit haben. Auf dieses Ziel wird nun Staats- und Wirtschaftspolitik eingestellt und als das einflussreichste Mittel erscheint der Hochnutzoll.

Nun stoßen aber diese vermeintlich starken, sich selbst genügen wollenden europäischen Staaten zunächst im wirtschaftlichen Kampf sich selbst gehörig untereinander, dann aber auch im Kampf auf dem Weltmarkt stoßen sie auf drei wirklich autarke Wirtschaftsgebiete, die mit aller Energie den wirtschaftlichen Imperialismus vertreten: U. S. A. = Vereinigte Staaten von Nordamerika, England mit seinen Dominionen und Rußland.

U. S. A. treibt eine durchaus einheitliche Wirtschaftspolitik und sucht ganz Amerika darauf einzustellen. „Amerika den Amerikanern.“ Nordamerikanisches Kapital ist erfolgreich daran, das europäische Kapital abzulösen, dann aber auch die nationalen Kapitalkräfte der übrigen amerikanischen Völker in seine Hand zu bekommen (Merito, Peru, Argentinien, Kanada). Es überträgt also das Autarkiegeseß auf den größten zusammenhängenden Raum. Das Wachstum seiner imperialistischen Wirtschaftsmethode ist der hohe Schutzoll.

England und seine Dominionen suchen eine wirtschaftliche Einheit zu werden, um so die Autarkie auf auseinanderliegenden Teilen zu verwirklichen. Jedoch das ist nicht leicht. Die Interessen Englands und der Dominionen als selbständige Staaten schneiden sich vielfach. Kanada neigt wirtschaftlich z. B. viel mehr nach U. S. A. als nach England. Die einzelnen Staaten des englischen Imperiums sperren sich vielfach mit allen Mitteln gegeneinander ab; z. B. Australien gegen Indien. Ein Mittel, um die gewünschte Einheit doch zu erreichen, ist der Vorzugsoll, d. h. die einzelnen Länder des britischen Großreiches behandeln sich besser als andere Länder.

Rußland ist dasjenige Land Europas, das über die wichtigsten Rohstoffe im größten Umfange verfügt. Durch seine politischen Streifzüge ist es ein Mitbesitzer von Erdöl und in kurzer Zeit ein Konkurrent auf dem Baumwollmarkt, wenn die russische Wirtschaft läuft. Sein Mittel ist das Außenhandelsmonopol. Die Regierung hat es in der Hand, die Ausfuhr und Einfuhr zu regeln.

Das ist der große Unterschied zwischen diesen Wirtschaftskörpern und Europa, daß diese drei in der Zwischenzeit gelernt haben, in Kontinenten zu denken und in möglichst geschlossenen, sich selbst befriedigenden Wirtschaftsgebieten, während Europa noch in Ländern denkt und vielfach die Wirtschaft im Schlepptau der Politik laufen läßt.

Europa hat sich wirtschaftlich festgerannt. Wir müssen aber aus der Enge heraus, in der wir uns befinden, aus der geistigen und wirtschaftlichen Enge. Es ist an der Zeit, aufbauend auf dem nationalen Gedanken, der als selbstverständliche Grundlage anzusehen ist, sein Blickfeld zu erweitern zu einem europäischen Denken. Wir müssen begreifen lernen, daß Europa mehr ist als ein Gewirre vieler Volkswirtschaften, die sich gegenseitig bekämpfen und niederkonkurrieren wollen und dadurch sich miteinander schwächen, sondern daß Europa ein Wirtschaftskörper werden muß, wenn es im Konkurrenzkampf nicht unterliegen will.

Wir müssen ferner einsehen lernen in Europa, daß die Wirtschaft den Vorrang haben muß vor der Politik, und daß man nicht aus politischen Erwägungen heraus neue Wirtschaftsgebiete schafft, die das wirtschaftliche Leben in Europa nur noch schwieriger gestalten. (Zerreißen einheitlicher Wirtschaftsgebiete.) Aber das Einsehen hat schon seine Schwierigkeiten. Wenn es erst nur gelänge, engere Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu schaffen. Welche Wege von Möglichkeiten sieht man entgegenkommen, zeigt allein die Arbeit um die Handelsverträge zwischen uns und den andern Staaten. Ja selbst eine von unserem Standpunkt aus gesehene leichtere Verständigungsmöglichkeit zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie scheint bis auf weiteres hinausgeschoben, und an

Stelle dessen muß erheblicher Schutz der deutschen Industrie treten, eine Maßnahme, die man von drüben aus als „Aggressivmaßnahme“ ansehen und beurteilen dürfte.

Es ist also augenblicklich auf dem europäischen Kontinent von einer sogenannten Befriedung noch sehr wenig zu merken. Da tauchte nun im verflochtenen Jahre, von dem Franzosen Loucheur besonders propagiert, der Gedanke einer Weltwirtschaftskonferenz auf, die in diesem Jahre stattfinden soll. Der Zweck dieser Konferenz soll sein, eine geeignete Grundlage zu finden für ein besseres wirtschaftliches Zusammenarbeiten der einzelnen europäischen Länder.

Viele Kreise, besonders sozialistische, gehen nun schon mit dem Gedanken um, als müsse aus der Weltwirtschaftskonferenz im Handumdrehen so etwas entstehen wie die Vereinigten Staaten von Europa. Auch wir begrüßen diese Konferenz als ein vorbereitendes Mittel zur wirtschaftlichen Verständigung in Europa, aber wir wissen auch, daß sich „im Raume hart die Sachen stoßen“ und daß man in der Wirtschaft nicht mit blühender Phantasie, sondern nur mit nüchternem Tatsachensinn arbeiten kann.

Wenn die Weltwirtschaftskonferenz sich mit einer Frage beschäftigen möchte, mit der Frage des Dawesplans und der europäischen Schuldenfrage, wäre schon etwas erreicht. Vielleicht ist das auch unausgesprochen der tiefere Sinn der Konferenz.

Die Schwierigkeiten bei der Weltwirtschaftskonferenz dürfen als gar nicht so klein angesehen werden. Jedes Land verfügt über eine ihm eigentümliche wirtschaftliche Kraft, von der nicht abgesehen werden kann. Die Ländervertreter, die zu einer Weltwirtschaftskonferenz kommen, verkörpern in sich ganz folglich auch verschiedene Voraussetzungen und stehen derselben Frage mit den verschiedensten Auffassungen gegenüber, derselben Frage, die dem außenstehenden Beobachter als ein „einiges Gesamtprodukt“ erscheint. Wir haben das schon einmal erlebt bei der „Weltkonferenz der Arbeit“ 1919 in Washington. Der Weltkrieg schien eine solche Anzahl einheitlicher Anschauungen auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses geschaffen zu haben, daß man eine Gesamtregelung für möglich und notwendig hielt. So sehr man die Notwendigkeit pries, auch die Arbeit hat ihre nationalen Voraussetzungen und Bindungen, und aus dieser Ursache heraus ist die internationale Gesamtregelung der Arbeitsverhältnisse vorläufig eine schöne Fassade geblieben.

Man führt häufig als Beweismomente für die Möglichkeit der „wirtschaftlich vereinigten Staaten von Europa“ das Zusammenwachsen Nordamerikas und den Deutschen Zollverein an. Gut, aber man möge bedenken, daß Nordamerika eine einheitliche Entwicklung nahm, aufgebaut auf dem Gedanken der Kolonisation, d. h. des stärksten Auseinanderangewiesenseins der Einwohner, während sich in Europa seit 1000 Jahren Nationalstaaten entwickelten, d. h. Besonderung trieben, eigene Kultur und eigenes Denken erzeugten und im Nachbarstaat den Segner sahen, dem gegenüber nur Macht sich behaupten könne. Und was den Deutschen Zollverein als Beispiel anbelangt, möge man bedenken, daß bei seiner Gründung 1830 80 Proz. Deutschlands Agrargebiete waren, Ausfuhrindustrien kaum in Frage kamen und der Zoll mehr eine dynastische Erwerbquelle für Hof und Heer als eine wirtschaftliche Maßnahme war.

Heute liegen die Dinge wesentlich vertieft und verschärft. „Wirtschaftlich Vereinigte Staaten von Europa“ würden als Voraussetzung auch eine Planwirtschaft des Standortes haben müssen, und die Folge davon wäre, daß gewisse nationale Industrien brach gelegt würden, weil ja die Voraussetzungen für eine Industrie am Standort des Rohstoffes besser und billiger zu schaffen sind. Wollte man behaupten, daß diese Frage auch für Deutschland so einfach zu lösen wäre, wie es manche Uebereifrige glauben!

Trotzdem begrüßen wir die Konferenz, denn von ihr aus muß der Gedanke der wirtschaftlichen Verständigung in die Köpfe eingehämmert werden, und wenn sie auch selbst nicht mehr vorläufig erreicht, als „Stimmung“ zu machen, sollte man das nicht gering einschätzen. Locarno war als Tatsache notwendig, um den Völkern selbst allmählich ein Stück Locarnogeist einzupumpfen. Wieviel hat die „Stimmung“ solcher Konferenzen einen nicht unwesentlichen moralischen Einfluß auf den Gang der öffentlichen Verhältnisse ausgeübt!

Während man früher für Mastern 10 bis 20 Pfennig und für Saarschneiden 25 bis 40 Pfennig zahlte, kommt man heute nicht unter 30 bis 50 Pfennig bzw. 1 bis 1,20 M weg. Und wehe dem, der es billiger macht! Der wird von den Innungen als Verräter in Mät und Bann getan.

Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung wird das Mißverhältnis zwischen Erzeugerkosten und Händlergewinn zum Skandal. Der Zentner Kartoffeln, der vom Landwirt für 1 M bis 1,70 M abgegeben wird, kostet in der Stadt 3,50 bis 4,50 M. Für Roggen erhielt der Landwirt 1913 16,3, Ende 1925 15,2 Pfennig pro Kilo, während der Berliner Verbraucher für Roggenmehl 24 Pfennig für das Kilo bezahlen muß. Weizen liefert der Landwirt das Kilo zu 20,5 Pfennig. In Berlin verlangt man für das Kilo Weizenmehl 34,88 Pf. und für das Kilo Weizenbrot 48 Pf. Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes ist der Großhandelsindex für Getreide und Kartoffeln von 133,1 Anfang 1925 auf 99,0 im November 1925 zurückgegangen. Im Kleinhandel hat man davon nichts gemerkt. Für Ochsen und Färsen mittlerer Qualität erhält der Landwirt 24 bis 39 Pf. pro Pfund, für Kühe 20 bis 30 Pf. Bei den Mäggen dagegen ist gewöhnliches Fleisch unter 1,20 bis 1,50 M pro Pfund nicht zu haben. Dauerwurst kostet bis zu 3,60 M, Schinkenpied bis zu 2,80 M und gut geräucherter Landfleisch bis zu 3,20 M das Pfund. Gewöhnliche Blut- und Leberwurst, die in der Vorkriegszeit mit 30 bis 40 Pf. verkauft wurde, kann heute nur für 0,80 bis 1 M erstanden werden. Es ist hier wie überall. Der Handel legt sich auf Kosten der werkschaffenden Produzenten und Verbraucher. Und da mundert man sich noch, daß es in der Wirtschaft von Tag zu Tag weiter bergab geht.

Es wird wirklich die allerhöchste Zeit, daß das geplante Preisabbaugesetz in seinem vollen Umfange endlich verabschiedet wird.

Die „paradoxe“ deutsche Wirtschaftslage

Die führende amerikanische Finanzzeitschrift Journal of Commerce beschäftigt sich mit der „paradoxen“ deutschen Wirtschaftslage. Das Blatt stellt die schwere wirtschaftliche Depression der aktiven Handelsbilanz der aufsteigenden Börsentendenz gegenüber und kommt zu dem Schluß, daß beides nur Scheinblüten seien. Solange Deutschland hauptsächlich durch ausländisches Kapital finanziert wird, es äußerst schwierig sei, über die Ursache des deutschen Wiederaufbaues ein abschließendes Urteil zu fällen. Die deutsche Ausfuhr sei durch Anleihen und durch die mit Hilfe weiterer Anleihen eingekauften Rohmaterialien künstlich aufgebläht worden. Doch keine Nation könne dauernde Prosperität auf ihre Ausfuhr allein aufbauen. Um das Arbeitslosensheer aufzulösen und die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten bis zum äußersten auszunutzen müsse der innere Markt entwickelt werden, und hier läge ganz klar Deutschlands wunder Punkt. Der einheimische Markt sei auf ein Minimum eingeschränkt, ein Weg, der nie zur wirtschaftlichen Gesundung führen könne.

Der „Innenmarkt“ ist aber doch nichts anderes als die Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Was daraus folgt, sollte auch für das Unternehmertum klar sein.

Innungen und Preisfrage

Es gab eine Zeit, in der das Handwerk durch die sich machtvoll entfaltende Industrie bedroht war. Die Gesetzgebung trug dem Rechnung, indem durch die Bestimmungen in der Gewerbeordnung über die Innungen dem Handwerk Privilegien eingeräumt wurden, wie sie kein anderer Erwerbszweig aufweist. Dem Handwerk wurde sogar der Organisationszwang zugestanden, indem durch Abstimmung Zwangsinnungen geschaffen werden können, bei welchen für die beteiligten Gewerbetreibenden ein Beitrittszwang besteht. Es entscheidet hierbei die Mehrheit der an der Abstimmung Beteiligten. Von dieser Möglichkeit wurde im letzten Jahrzehnt ein außerordentlich weitgehender Gebrauch gemacht. Es hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine Vermehrung der Innungen wie folgt stattgefunden:

	Zahl der Innungen	Zahl der Mitglieder
freie Innungen	1904 1925	1904 1925
Zwangsinnungen	8843 7066	234 665 248 506
Insgesamt	2966 10387	210 048 666 732
	9829 17453	444 717 910 238

Waren im Jahre 1904 nur 46,7 Prozent der Innungshandwerker in Zwangsinnungen, so klagte dieses Organisationsverhältnis 1925 auf 73,2 Prozent. Besondere Beachtung verdient aber der Umstand, daß diese Vermehrung fast ausschließlich durch die Zwangsinnungen erfolgt ist und nicht durch freiwilligen Zusammenschluß. Vom Standpunkt des Gewerkschaftlers kann und darf man natürlich nichts dagegen haben, wenn auch andere Stände von ihrem Organisationsrecht weitgehendsten Gebrauch machen. Eine Kritik ist erst dann berechtigt, wenn auf Grund besonderer gesetzlicher Privilegien, wie es der Organisationszwang darstellt, der sich auch unter ganz bestimmten Sicherungen rechtfertigen läßt, Mißbrauch getrieben wird. Ein solcher Mißbrauch ist aber bei den Innungen offenkundig.

Das außergewöhnliche Anwachsen der Zwangsinnungen ist kaum erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß diesen im Gegensatz zu den freien Innungen verboten ist, ihre Mitglieder in der Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme ihrer Kunden zu beschränken. Entgegenstehende Befugnisse sind unzulässig. Demgegenüber treten die übrigen Aufgaben in den Hintergrund, die denn auch kaum den Anreiz zu einer solchen Zusammenfassungsbewegung geben konnten.

Bei dieser Einstellung müssen es denn doch außergewöhnliche Vorteile sein, auf welche sich die Vorteile für diese Zwangsinnungen gründen. Diese Vorteile liegen nun offensichtlich, trotz entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften auf dem Gebiete der Preisfestsetzung. Nicht immer sucht man hierbei den Schein zu wahren und gibt nur sogenannte „Nichtpreise“ bekannt. In Berliner Zwangsinnungen der Feileure werden z. B. Mindestpreise festgelegt, zu deren Einhaltung die Mitglieder verpflichtet werden. Bei Nichtbeachtung der Vorschriften wird eine Kommission bei der unterbietenden Firma vorbestellt, um die Bestimmungen durchzusetzen. Bei Erfolglosigkeit solcher Bemühungen werden Ordnungsstrafen verfügt.

Die Innungsvorschriften führen zu einer ganz gewaltigen Teuerung und in ihrer Auswirkung zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Nur auf Grund dieser Haltung der Innungen ist es erklärlich, daß z. B. eine Heizungsfirma in einer Großstadt Westdeutschlands zu einer Zeit, als der Lohn für einen Heizungsmoniteur 89 Pfennig und für einen Helfer 75 Pfennig betrug, in der Rechnung für den Monteur 3,30 M und für den Helfer 2,90 M fordern konnte. Daneben noch für Wertgegenstände einen Zuschlag von 10 Prozent. Noch krasser ist der Vorgang aus derselben Stadt, wo eine Firma der Elektrotechnik bei einem Stundenlohn des Monteurs von 90 Pfennigen einen Stundenlohn von nicht weniger als 4,47 M in Anrechnung brachte. Diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden.

Soll es nun bei diesen Zuständen sein Bewenden haben? Die Regierung wollte durch das Gesetz zur Förderung des Preisabbaus Abhilfe schaffen. Es verlautet, daß die neue Regierung aber auf die Beratung des die Innungen betreffenden Teils keinen Wert mehr legt. War der Gesekentwurf in seiner Wirkung auf den Preisabbau so unbedeutend, daß er jetzt fallen kann, ohne eine empfindliche Lücke zu hinterlassen? Zum mindesten muß erwartet werden, daß der Reichswirtschaftsrat auf Grund einer solchen Beratung ein Gutachten über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Vorlage abgibt. Daß sich die Handwerkerorganisationen selbst gegen eine solche Beratung sträuben, zeugt von einem schlechten Gewissen. Desto mehr Veranlassung haben aber die Verbraucher, daß den Auswüchsen wirksam begegnet wird.

Sozialpolitik

Fachärzte über Kohlenoxydvergiftungen

Zu den bereits schon mitgeteilten medizinisch-wissenschaftlichen Stimmen über Kohlenoxydvergiftungen wollen wir heute noch zwei bedeutsame folgen lassen.

Privatdozent für Versicherungsmedizin Dr. Horn, Bonn, schreibt darüber in seinem Buche „Praktische Unfall- und Invalidenbegutachtung“, Verlag Springer, Berlin, 1922 auf S. 238:

„... neben Herdsymptomen können nach der mittleren Bewußtlosigkeit rauchartige Zustände und Gedächtnisstörungen mit Kardiostromischem Komplex sofort oder nach einigen Tagen in Erscheinung treten; zuweilen nach Wochen oder Monaten (seltener) Ausgange, vor allem bei älteren Leuten mit Arteriosklerose. Schwere Vergiftungserscheinungen in hohem Maße abhängig von individueller Disposition. Beachtenswert ist auch der Umstand, daß anfangs leicht erscheinende Fälle oft zu tödlichem Ausgang oder schweren Nachkrankheiten (Herzmuskelerkrankung, Nierenentzündung, Abszessen, organischen und funktionellen Nervenstörungen der verschiedensten Art) führen, während umgekehrt mitunter bedrohlich beginnende Vergiftungserscheinungen folgenlos vorübergehen.“

Wichtiger noch ist für die Frage: auch „chronische“ Gasvergiftungen der Unfallversicherung zu unterstellen, was Professor Dr. Grauwitz, dirigierender Arzt am Stadt Krankenhaus in Charlottenburg, im „Handbuch der Arbeiterkrankheiten“, Verlag G. Fischer, Jena, 1908, S. 651, feststellt:

„Stickoxyd und Kohlenoxyd kommen in vielen gewerblichen Betrieben zur Entwicklung und besondere chronische Einwirkungen von Kohlenoxyd in kleinen Dosen spielen in gewissen Gewerben, z. B. in Plättstuben und überall da, wo mit Leuchtgas-Einatmung zu rechnen ist, eine große Rolle. Wenn auch bei der Einatmung von Leuchtgas noch andere Gifte in Frage kommen, so dürfte doch das wichtigste bei diesen Gasgemischen das Kohlenoxyd sein.“

Bei solchen chronischen Kohlenoxyd- und Leuchtgas-Einwirkungen habe ich mehrfach das Auftreten schwerer, sogenannter peripherer Anämien beobachtet, welche ich auf eine chronische Schädigung der roten Blutzellen mit vermehrtem Untergange dieser Zellen zurückführe. Es ist allerdings dabei zu bemerken, daß eine direkte Einwirkung im Sinne der generativen morphologischen Veränderungen der roten Zellen, wie sie oben erwähnt sind, bei derartigen Fällen nur mit Schwierigkeit sicher zu ermitteln ist. Immerhin müssen derartige chronische, über Monate und Jahre fortgesetzte Einwirkungen des Kohlenoxyd als ätiologische Faktoren bei der Entstehung schwerer Anämie wohl berücksichtigt werden. (Letzteres von uns gesperrt. D. Verf.)

Bei akuten Einwirkungen größerer Mengen von Kohlenoxyd verdrängt dieses bekanntlich im Blute das Oxydhämoglobin und bildet eine feste Verbindung des Kohlenoxyd mit Hämoglobin: das Kohlenoxydhämoglobin; doch tritt auch bei den schwersten Vergiftungen intra vitam niemals eine Sättigung des Blutes mit Kohlenoxyd ein. Die roten Blutkörperchen werden in ihrer Gestalt dabei nicht geändert; sie verfallen auch nicht in der Blutbahn. Das Blut nimmt im ganzen eine auffallend hellrote Färbung an, welche es auch nach dem Tode beibehält. Die durch das Kohlenoxyd mit Beschlag belegten roten Blutkörperchen sind für den respiratorischen Gasaustausch völlig unbrauchbar geworden, und es erklärt sich hieraus die Schwere der Vergiftungserscheinungen bei einigermaßen intensiver Einwirkung des Gases. Die Vergiftung ist demgemäß als eine innere Erstickung aufzufassen.“

Bei diesen Feststellungen, die schon schwerer Art sind, ist zu beachten, daß es sich hierbei um Leuchtgas handelt, welches nur 5-10 Proz. Kohlenoxyd enthält. Nichtgas enthält aber bis zu 28 Proz. und Generatorgas sogar im Mittelwert 30 Proz. Würde den Opfern auch solcher „chronischen“ Vergiftungen mehr nachgegangen, so wären auch diese Arbeiter die besten Stützen für unseren Antrag: alle Gasvergiftungen der Unfallversicherung zu unterstellen. Die Gutachter der Arbeitgeber oder Unfallberufsgenossenschaften können diese Tatsachen nicht erschüttern, zumal auch nicht, als hier führende Kräfte mit aufzutreten, von deren Kenntnissen über Kohlenoxydvergiftung früher kaum etwas zu sehen oder zu hören war, die im April v. J. bei der ersten Verhandlung unseres Antrages im R. W. V. „nicht vorbereitet“ waren, aber schon im November gegen unseren Antrag und gegen erste medizinische Kapazitäten auftraten, die sich schon ein ganzes Menschenalter vornehmlich nur mit Kohlenoxyd praktisch und wissenschaftlich betätigt haben. Auch dieses muß bei dem Abwägen der gegenteiligen Meinungen beachtet werden!

Kurzarbeiter und Steuerabzug vom Arbeitslohn

In letzter Zeit sind Fälle bekanntgeworden, in denen die Finanzämter Anweisung gegeben haben, bei Kurzarbeitern nicht das volle Existenzminimum und die sonstigen Abzüge für eine ganze Woche vorzunehmen, sondern diese Beträge auf einzelne Tage umzurechnen. Auf diese Weise würde der Kurzarbeiter, der nur drei Tage in der Woche, beispielsweise, arbeitet, nur auf die Hälfte der gesetzlich festgelegten Abzüge kommen; er muß infolgedessen nach Ablauf des Kalendervierteljahres einen Antrag auf Rückerstattung von Beträgen stellen, um, entsprechend dem Gehalte, zu einer vollen Berücksichtigung des steuerfreien Existenzminimums zu kommen. Eine derartige Praxis verstößt nicht nur gegen die Ausführungsbestimmungen des neuen Einkommensteuergesetzes, sie schafft auch für Finanzämter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleicherweise eine ganz unnötige Belastung mit Schreiarbeit.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat diese Fälle dem Herrn Reichsfinanzminister mitgeteilt. Das Reichsfinanzministerium hat in einem Rundschreiben vom 9. Februar 1926 - Se 900 - folgenden Entschluß erlassen:

„In letzter Zeit ist bei mir verschiedentlich Klage darüber geführt worden, daß seitens der Arbeitgeber den Arbeitnehmern, die Kurzarbeiter sind, beim Steuerabzug nicht die vollen, ihnen für den betreffenden Lohnzahlungszeitraum zustehenden Ermäßigungen gutgeachtet, sondern daß nur die Ermäßigungen berücksichtigt worden sind, die auf die tatsächliche Beschäftigungsdauer entfallen, beispielsweise also bei einem Arbeitnehmer, der nur Montags, Mittwochs und Freitags in einer Fabrik arbeitete, nur die Ermäßigung für drei Tage. Auch die Finanzämter sollen mancherorts auf diesem Standpunkt stehen. Eine solche Handhabung ist falsch. Sie widerspricht auch dem Par. 8 der Durchführungsvorschriften über den Steuerabzug vom Arbeitslohn. Danach sind im Falle der Kurzarbeit die im Gesetz für den betreffenden Lohnzahlungszeitraum vorgesehenen steuerfreien Beträge auch dann als steuerfrei außer Ansatz zu lassen, wenn der Arbeitnehmer für einen Teil des Lohnzahlungszeitraumes ohne sein Verschulden keinen Lohn bezogen hat. Es sind deshalb z. B. bei einem Arbeitnehmer, der im Wochenlohn steht, aber in einem Betriebe tätig ist, in dem wegen Betriebseinschränkung nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird, die Wochenbeträge des steuerfreien Lohnbetrags und der Familienermäßigungen gutzubringen, und nicht etwa nur drei Tagesermäßigungen zu berücksichtigen. Ebenso sind bei einem Arbeitnehmer, der im Wo-

Merke dir, Kollege!

Erworben und erkämpft und erstritten will alles sein, was auf Erden zum Bestande kommen soll. Was leicht von außen anliegt, ist alles vergänglich und flieht leicht, wie es gekommen, ohne eine Spur zu hinterlassen.

Freiheit ist keine Sache, die als eine Gabe einem Volke sich schenken ließe, sie muß von innen heraus erworben werden. Sacht ihr euch der Freiheit nicht wert gemacht, unter den Händen wird sie euch entschwinden.

Was jeder dem Ganzen zum Opfer bringt, ist dreifach in dem Ganzen wiedergewonnen. Darauf ist jede Gemeinschaft, ist Staat und Volk aufgebaut.

Joseph von Görres.
Der Vorkämpfer für die Freiheit des Volkes 1815.

chenlohn steht und der zwar täglich, aber wegen Betriebseinschränkung nur vier Stunden am Tage arbeitet, die vollen Wochenbeträge, nicht etwa nur die Stundenbeträge, gutzubringen. Ich erlaube die Finanzämter und in geeigneter Form auch die Arbeitgeber hiervon in Kenntnis zu setzen, wobei ein Hinweis in der Richtung angezeigt erscheint, daß bei nicht voller Berücksichtigung der für den betreffenden Lohnzahlungszeitraum zustehenden Ermäßigungen dem Arbeitnehmer ein Erstattungsanspruch zusteht, der die Ausstellung einer Verbandsbescheinigung durch den Arbeitgeber notwendig macht und so die Betriebe belastet.“

Den gerechten Wünschen der Kurzarbeiter ist damit Rechnung getragen.

Verbandsgebiet

Zur Wirtschaftsnot und Forderungen der Arbeiterschaft im Kreise Altentkirchen.

Im Kreise Altentkirchen fanden in allen größeren Industrieorten eine Reihe Versammlungen statt, die sich mit der derzeitigen Wirtschaftskrise, notwendigen Hilfsmassnahmen, Forderungen und Aufgaben der Arbeiterschaft beschäftigten. Redner in diesen Versammlungen waren der Bezirksleiter Wilh. Meß, Hagen, und Gew.-Sekt. Gerhardus, Bekdorf, vom Christl. Metallarbeiterverband Deutschlands und Gew.-Sekt. Wodenhaupt vom Gew.-Verband des Bergarbeiters in Bekdorf. In allen Versammlungen, die sich eines guten Besuchs erfreuten, wurde nach reger Aussprache das Ergebnis in folgender Entschließung niedergelegt:

Von der deutschen Wirtschaftskrise wird das Siegerländer Wirtschaftsgebiet mit am stärksten betroffen. Auf je 1000 Einwohner entfallen 60 Erwerbslose. Die Siegerländer Industrie wird in der Hauptsache durch die Einfuhr ausländischer Erze und Rohstoffe in ihrer Produktion gehemmt. Hohe Eisenbahnfrachten für Kohlen und Koks verteuern die hiesigen Produkte. Die Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung werden dadurch gerettet. Hilfsmassnahmen der Regierung sind unumgänglich notwendig, soll nicht der vollständige Ruin der hier ansässigen bodenkundigen Bevölkerung herbeigeführt werden. Die christliche Arbeiterschaft verlangt jedoch eine baldige Regelung und Erleichterung der Erwerbslosenfürsorge durch ein Arbeitslosensicherungsgesetz. Die Anwendung der Bedürftigkeitsklausel nach den Richtlinien des Regierungspräsidenten von Koblenz führt zu Härten, die nicht länger zu ertragen sind. Von 5000 Erwerbslosen im Kreise Altentkirchen erhalten 1200 Erwerbslose nach der heutigen Anwendung des Bedürftigkeitsprinzips keine Unterstützung. Der rechtliche Anspruch auf Unterstützung muß bei Zahlung von Beiträgen gesichert werden.

Da durch die lange Dauer der Wirtschaftskrise im hiesigen Bezirk ein großer Teil Arbeiter ausgebeutet wird, erwarten wir von der Regierung eine Verlängerung der Bezugsdauer an Unterstützungsleistungen mindestens auf ein Jahr.

Von der Regierung und unseren Volksvertretern erwartet die Siegerländer Arbeiterschaft eine baldige Regelung der Familienhilfe in der Reichsknappschicht. Eine Verschlechterung der Rente und eine Herabsetzung der Altersgrenze würde katastrophale Wirkungen hervorrufen. Keine Verschlechterungen, sondern Verbesserungen der sozialen Fürsorge fördert die gesunkene Volkskraft.

Generalversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Frankfurt a. M. Trotz schlechter Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und anderer Folgen, zeigte die Generalversammlung am 7. Februar d. J. von einer guten Stimmung und Hoffnung auf die Zukunft. Bezirksleiter Weß hielt einleitend eine kurze Ansprache und teilte mit, daß der Verband im ganzen Bezirk im Jahre 1925 eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen hat, an dem die Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. einen starken Anteil hat. Aus dem Geschäftsbericht, der von dem Geschäftsführer Neuß erstattet wurde, geht zunächst hervor, daß die Wirtschaftslage im ersten Halbjahr 1925 noch eine langsame Aufwärtsbewegung aufweist. In der ersten Januarwoche waren in Frankfurt a. M. 10 446 Arbeitslose gemeldet. In der letzten Juniwoche waren es 6590. Von da ab stieg die Arbeitslosenziffer und erreichte Ende Dezember die Zahl 17 342. Die Ursachen des Niederganges liegen in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Währungszerfall in Deutschland hatte zur Folge, daß wir billig produzierten konnten und somit Abnehmer zur Genüge im Ausland fanden. Heute sind an diese valutaschwachen Staaten unsere Konkurrenz. Um diesen unheilbaren Zustand zu befeitigen, soll in den nächsten Monaten ein Weltwirtschaftskongress einberufen werden. Aber auch unser Wirtschaft selbst weist Mängel auf. Unsere Betriebe sind organisatorisch und technisch nicht mehr auf der Höhe. Umstalt diese wichtiger Ursachen zu befeitigen, versucht man seitens der Arbeitgeber die Löhne und andere Vorteile für die Arbeiterschaft abzubauen. Diese Bestrebungen haben die Organisationen im vergangenen Jahre mit Erfolg abgewehrt. Im ersten Halbjahr wurde durch drei Lohnbewegungen der Lohn für die Metallindustrie in der Spitze von 60 auf 72 % erhöht; im Kleinergewerbe von 65 auf 85 %. Im Dezember hatten die Arbeitgeber den Antrag auf Lohnabbau gestellt. Es wurde jedoch erreicht, daß die alten Lohnsätze weiterbestehen. Demnach steht der Erfolg der Organisation außer Zweifel.

Aus den weiteren Ausführungen geht hervor, daß die Verwaltungsstelle in der Mitgliederentwicklung und besonders auf finanziellem Gebiet sich günstig entwickelt hat. Die in den letzten Monaten sich steigenden Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung machten eine Beitragserhöhung notwendig, die von allen Kollegen anerkannt wurde. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Organisation sich gefestigt hat und das Vertrauen zu ihr in hohem Maße begriffen ist. In der Diskussion wurde von verschiedener Kollegen die schlechte Bezahlung jugendlicher Arbeiter bemängelt. Für fremde Arbeiter reicht der Verdienst kaum zur Bezahlung von Kost und Logis. Ebenfalls wurde eine bessere Versorgung alter und invalide gewordener Arbeiter gefordert.

In der Vorstandswahl wurde der langjährige Vorsitzende, Rolf Kunz, einstimmig wiedergewählt. Von dem Geschäftsführer kom-

von den Delegierten wurde die Tätigkeit des Kollegen Kunz besonders gewürdigt. Seine Vereinerklärung zur Annahme der Wahl löste allgemeines Beifall aus. Neu in den Vorstand wurden einige jüngere Kollegen gewählt.

Im Schlusswort konnte der Geschäftsführer den guten Verlauf der Generalversammlung feststellen. Alle Diskussionen über den durchgeführten, das gemeinsame Wille vorhanden ist, den Christlichen Metallarbeiterverband zu einer starken Organisation zu machen, damit dieser die Interessen seiner Mitglieder mit Entschiedenheit wahrnehmen kann.

Die Industrie- und Handelskammer Lüdenscheid gegen „falsche Lohnpolitik“

Ein Teil der westfälischen Handelskammern fühlt sich berufen, dem Abbau der hohen Löhne, der Befestigung des staatlichen Schlichtungswesens u. a. das Wort zu reden. Die Industrie- und Handelskammer Lüdenscheid darf da nicht fehlen. In ihrem Jahresbericht 1925 untersucht sie die Hauptübel unserer wirtschaftlichen Not, und hat erwidert, daß

die sozialen Lasten eine ungeahnte Steigerung erfahren haben. Neben den erhöhten Beiträgen für Berufsgenossenschaften, Krankenkassen, Alters-, Invalidenversicherungen usw. sind die schematische Regelung der Arbeitszeit, die häufig falsche Lohnpolitik und die Verbindlichkeitsklärung von Schieds, Sprüchen bei den gegenwärtigen Verhältnissen als wirtschaftsfeindlich zu bezeichnen.

In einer scharfen Kritik, die dem Jahresbericht folgte, wurde auch die Preispolitik der Schwer- und Halbzugindustrie verurteilt, die ihre Erzeugnisse dem Auslande zu erheblich billigeren Preisen liefert, als der deutschen Fertigungsindustrie. Dann aber kam man zu dem wohlweislichen Schluß, daß nicht an ein „Wiedererstarren der Wirtschaft“ und insbesondere der Industrie zu denken sei, solange

„durch Verbindlichkeitsklärung über die Löhne tausender und zehntausender Arbeiter, und damit das Schicksal der gesamten Industrie, von einer einzelnen Person entschieden werden könne.“

Zu diesen Betrachtungen darf folgendes gesagt werden: Wenn die Handelskammer Lüdenscheid die Schuldigen sucht für die heutige Not, so hätte sie zweifellos einmal Gelegenheit nehmen müssen, bekanntzugeben, in welchem Umfange gerade in ihrem Bezirk die Zahl der Unternehmungen gegenüber 1914 gestiegen ist.

Gerade die Handelskammer Lüdenscheid hätte angeben können, wie stark eine Ueberbesetzung auch in den Betrieben die Produktionskosten verteuert hat. Der Handelskammer Lüdenscheid wäre es auch leicht gewesen, festzustellen, welche gewaltige Unterschiede bestehen zwischen den Preisen, die ab Januar und ab Februar für Erzeugnisse der Lüdenscheider Industrie verlangt werden. Waren es doch maßgebende Arbeitgeber des Lüdenscheider Bezirkes, die mitteilten, daß die Aufschläge bis über zwei- und dreihundert Prozent hinausgingen.

Die Arbeiterschaft hat doch zweifellos in den letzten Jahren Opfer hinterlassen gebracht. Eine Handelskammer sollte Verständnis dafür haben, daß die Arbeitskraft eines tatkräftigen Schutzes bedarf. Wer den Abbau der Soziallasten verlangt, fördert damit nicht die Volksgesundheit. Wer von einer „falschen Lohnpolitik“ erzählt, sollte angeben, daß die Arbeiterschaft der Lüdenscheider Industrie zu Anfang 1924 mit einem Handwerkerlohn von 48 Pfg. zufrieden sein mußte. Im Jahre 1924 ist dieser Lohn auf 68 Pfg. und bis Ende 1925 auf 88 Pfg. gestiegen. Wohl gemerkt sind dieses Tarifspitzenlöhne für den 24jährigen Handwerker, für die Hilfsarbeiter betrug der Lohn in gleicher Zeit 36, 44 und 49 Pfg. Sozialzulage gibt es nicht.

Während in der bekannten Eingabe der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände vom 7. Mai 1925 behauptet wurde, das Lohnniveau der Arbeiter habe im April 1925 schon 50-70 Proz. über den Januarlohn 1924 gelegen, muß festgestellt werden, daß im gleichen Zeitraum die Steigerung in Lüdenscheid bis 1. April 1925 nur 19 Proz. betrug. Von April bis Ende 1925 betrug die Steigerung weitere 12 Proz. Richtig ist, daß es nur selten möglich war, in freier Vereinbarung die Löhne festzusetzen, weniger lag dies am guten Willen der Arbeiter, denn am hartnäckigen Widerstand der Arbeitgeberverbände. Richtig ist aber auch, daß im Wege freier Vereinbarung, die Arbeitszeit schon ab 1924 auf 57 Stunden wöchentlich festgelegt wurde. All diese Tatsachen sollte die Industrie- und Handelskammer in Lüdenscheid wissen. Aber was schert gewisse Kreise die tatsächliche Wirklichkeit. Es gehört zum guten Ton, gegen die Arbeiter mobil zu machen, da will die Lüdenscheider Handelskammer nicht zurückbleiben. Man versteht es doch, warum die Herren in den Handelskammern die Zustimmung und Mitwirkung der Arbeiterschaft ablehnen.

Kreislauf. Am Sonntag, den 31. Januar, fand im Cog. Vereinshaus die Jahresversammlung unserer Ortsgruppe statt.

Der 1. Vorsitzende, Kollege Decker, konnte zu seiner Freude eine gutbesuchte Versammlung begrüßen. Den Jahresbericht erläuterte der Vorsitzende. Aus demselben war zu entnehmen, daß eine große Arbeit zu leisten war. Leider ist es auch im Berichtsjahr nicht ohne ernste Auseinandersetzungen abgegangen. Die Mitgliederentwicklung ist zufriedenstellend; hätte aber bei Pflichterfüllung aller Mitglieder noch besser sein können. Der Jahresbericht war ebenfalls ein Spiegelbild geleisteter Arbeit und legte Zeugnis ab von der weiteren Befundung des Verbandes.

Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes. Des weiteren wurden einige Ergänzungswahlen vorgenommen.

Begrüßender Hüdnar, Breslau, behandelte in seinem Referat die augenblickliche wirtschaftliche Lage. In interessanten Ausführungen wies er auf eine Anzahl von Ursachen hin, die zu der ungeheuren wirtschaftlichen Depression geführt haben.

In der Erkenntnis, daß nur eine finanziell starke Organisation das entsprechende Rückgrat für die Arbeiterschaft ist, beschloß man einstimmig ab 1. Februar eine Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Die Versammlung beschloß sich auch eingehend mit der Lage der Erwerbslosen, ganz besonders aber auch mit der Frage der Kurzarbeiterunterstützung. Die Wünsche wurden in nachstehender Entschiedenheit, welche an die maßgebenden Stellen weitergegeben wird, festgelegt:

Die am Sonntag, den 31. Januar 1926, in Kreislauf a. O. versammelten Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes stellen fest, daß trotz Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung die Lage der Arbeitslosen eine sehr schlechte ist, und dringend Abhilfe geboten erscheint. Die Versammlung können es nicht verstehen, daß die Reichsregierung mit der Einführung der Kurzarbeiterunterstützung so lange zögert. Die Lage der Kurzarbeiter, mit Verdiensten von 8.- bis 9.- Mark die Woche, ist demnach so schlecht, daß unbedingt Hilfe notwendig ist. Wir fordern und erwarten endlich Hilfe von Seiten der Reichsregierung für die zur Verzweiflung getriebenen Kurzarbeiter. Der Wort sind genug gemeldet, wir wünschen Taten zu sehen.

Die Versammlung verlangt ferner die recht baldige Beendigung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch die geschäftsbefähigenden Körperschaften.

Literatur

Ein- und jetzt

In der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Arbeiterschaft. Von Heinrich Kreil. 32 Seiten. Preis 80 Pfg., für Nichtmitglieder 50 Pfg. Diese Schrift zeigt, wie sich die Gewerkschaften gegen die damalige Regierung und die Arbeitgeber trotz heftigen Widerstandes haben durchsetzen müssen, um das soziale Elend der rechtlosen Arbeiterschaft zu bessern. Sie zeigt, welche Fortschritte erzielt und was an Rückschritten verhindert worden ist. Sie zeigt vor allem, daß zu einem Optimismus, den die „Gelben“ mit ihren Unternehmern verjüngen in die Arbeiterschaft zu tragen, gar kein Grund vorhanden ist. Jeder, der diese Schrift eifrig liest, wird die bisher geleistete Gewerkschaftsarbeit besser zu würdigen wissen und zu der Ueberzeugung kommen, daß die Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit für die Arbeitnehmerschaft bilden. Die Schrift ist zu beziehen durch unsere Zentrale: Duisburg, Stapelfor 17.

Bekanntmachung

Sonntag, den 28. Februar, ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

Geldbeingänge

Geldbeingänge für die Hauptkasse im Monat Januar. Aachen 22. 1.: 701,09 M, Aalen 18. 1.: 316,99 M, Ahlen 15. 1.: 1200 M, 19. 1.: 1300 M, Altdorf 13. 1.: 197,26 M, Amberg 2. 1.: 700 M, Aue 30. 1.: 59,71 M, Belde 21. 1.: 111,08 M, Berlin 26. 1.: 417,68 M, Bernburg 20. 1.: 59 M, Bielefeld 18. 1.: 250 M, Bochum 14. 1.: 50 M, 26. 1.: 50 M, 19. 1.: 831,50 M, Bremen 19. 1.: 150 M, Bremerhaven 12. 1.: 17,90 M, Breslau 2. 1.: 36,93 M, 21. 1.: 400 M, 23. 1.: 60,44 M, Chemnitz 2. 1.: 218,25 M, Crefeld 18. 1.: 92,50 M, Clausthal 14. 1.: 34,10 M, Dillenburg 21. 1.: 600 M, 25. 1.: 500 M, Duisburg 14. 1.: 1215,55 M, 14. 1.: 984,35 M, 23. 1.: 1500 M, Düsseldorf 13. 1.: 400 M, Düren 25. 1.: 1000 M, Eberfeld 18. 1.: 1631,70 M, Fulda 23. 1.: 1000 M, Gelsenkirchen 18. 1.: 868,19 M, St. Georgen 18. 1.: 7,10 M, Gladbach 20. 1.: 900 M, 21. 1.: 900 M, Gladbach 23. 1.: 13,60 M, Götting 9. 1.: 40,30 M, Göttingen 18. 1.: 40,27 M, 18. 1.: 15 M, Grevenbrunn 18. 1.: 107,45 M, 22. 1.: 50,10 M, Hamm 22. 1.: 147,72 M, 22. 1.: 163,30 M, Harnburg 25. 1.: 57,31 M, Hannover 7. 1.: 617,88 M, Hildesheim 7. 1.: 500 M, 16. 1.: 200 M, 25. 1.: 500 M, Hindenburg 9. 1.: 500 M, 11. 1.: 100 M, Höchst 4. 1.: 360 M, 27. 1.: 500 M, Hünfeld 23. 1.: 441,30 M, Jauer 12. 1.: 18,87 M, Jülich 18. 1.: 226,60 M, Jülich 18. 1.: 250 M, 22. 1.: 36,90 M, Karlsruhe 26. 1.: 169,75 M, Kempten 18. 1.: 250 M, Kiel 28. 1.: 500 M, Königswald 25. 1.: 11,89 M, Künz 13. 1.: 106,95 M, Lauchertal 30. 1.: 50 M, Leipzig 22. 1.: 200 M, Lüdenscheid 22. 1.: 333,05 M, Ludwigshafen 19. 1.: 369,79 M, Marfied 14. 1.: 94,50 M, Mechernich 15. 1.: 300 M, Meisen 14. 1.: 19 M, Menden 22. 1.: 294,92 M, Meitern 26. 1.: 400 M, Maßdorf 12. 1.: 67,15 M, Mühlhausen 18. 1.: 51,11 M, Mühlheim 21. 1.: 200 M, 18. 1.: 602,13 M, Münden 18. 1.: 89,92 M, Neheim 22. 1.: 25,93 M, Neife 21. 1.: 26,70 M, Nürnberg 8. 1.: 535,21 M, 11. 1.: 206,67 M, 27. 1.: 100 M, Obereichardt 21. 1.: 38,11 M, Oer 2. 1.: 168,72 M, 18. 1.: 224,07 M, Oisberg 6. 1.: 450 M, 18. 1.: 291,69 M, 19. 1.: 300 M, Papenburg 28. 1.: 29,81 M, Peine 27. 1.: 38,20 M, Plettenberg 18. 1.: 141,15 M, 22. 1.: 90,80 M, Pfortheim 8. 1.: 500 M, Primmelen 18. 1.: 55,54 M, Rasthof 13. 1.: 6,25 M, Radolfzell 27. 1.: 75,49 M, Ravensburg 25. 1.: 44,95 M, Saalfeld 22. 1.: 45,90 M, Saarau 13. 1.: 83,43 M, Schönaich 16. 1.: 81,43 M, Schönwald 25. 1.: 2,86 M, Schramberg 25. 1.: 120 M, Schweidnitz 13. 1.: 55,55 M, Schwelm 18. 1.: 270 M, Schültenried 22. 1.: 52,15 M, Siegen 28. 1.: 133,35 M, Solingen 2. 1.: 1500 M, Stolberg 25. 1.: 966,57 M, Trüberg 12. 1.: 76,70 M, Trier 21. 1.: 187,28 M, Turlingen 12. 1.: 130 M, Ulm 16. 1.: 113,30 M, Völsberg 21. 1.: 941,96 M, Warstein 29. 1.: 216,49 M, Weingarten 18. 1.: 77,35 M, Weisburg 21. 1.: 1,61 M, Werderhof 18. 1.: 396,25 M, 29. 1.: 210 M, Wilhelmshaven 26. 1.: 149,30 M, Wormditt 25. 1.: 6,95 M, Würzburg 15. 1.: 110,20 M, Wismar 8. 1.: 8,25 M. Die Verwaltungsjahresabrechnung sollen die genannten Geldbeingänge mit den von ihnen eingesandten Rechnungsgeldern vergleichen und etwaige Anträge umgehend der Hauptkasse mitteilen.

Zusammenschluß in der Schwerindustrie

Dr. Walter Küpper.

Die Entwicklung der westdeutschen Eisen-Montan-Industrie wurde durch den Kriegsausgang von Faktoren durchkreuzt, welche nicht nur das Fortbestehen einzelner Großunternehmungen ernstlich bedrohten, sondern auch durch die wechselwirkenden Zusammenhänge die Industrie als solche vor die Lösung lebenswichtiger Aufgaben stellten. Greifen wir aus der Vielzahl der wirkenden Geschehnisse nur einige besonders charakteristische Momente heraus, so stehen uns Tatsachen gegenüber, die zwangsläufig zu unwägbaren Entscheidungen drängen mußten. Es sind dies der Verlust der lohnbringenden Werke im Ministerrevier, die Sonderstellung des Saargebietes, die Substanzverluste während der Deflation, das Versinken der Absatzgebiete auf dem Weltmarkt, die Belastung aus dem Dawes-Abkommen, die durch den Frankenniederfall hervorgerufene Vormachtstellung Frankreichs und seiner Nachbarn, und nicht zuletzt die Finanzpolitik des Reiches.

Die Gründung des Montan-Zusammenschlusses ist unbedingt eine Reaktion auf die aus den soeben angeführten Momenten entstandenen neuen Lebensbedingungen. Schon immer ist die sinkende Konjunktur dem industriellen Zusammenbruch günstig gewesen. War er doch eine Zwangsmaßnahme gegen die für derartige Zeitschnitte typische frasse Konkurrenz, die ja notgedrungen als letzte Folge in einer Schwächung der Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt auslingen mußte. Die durch die unzeitigen Ursachen bedingte sinkende Konjunktur stellt jedoch an die Umorganisation neue, bisher unbekannt, Anforderungen, die über die normalen, in Krisenzeiten bewährten Operationen hinausgehen und den Gedanken der Planwirtschaft autoritativ in den Vordergrund rücken. Den Kernpunkt bildet dabei die Frage, wie diese „Planproduktion“ mit dem zweiten Problem, der „Menschenökonomie“ zu verbinden ist.

Hier führt die einfache Gründung von Verbänden, also verwaltungstechnische Maßnahmen, nicht zum Ziel. Kartelle, Syndikate und Verbände greifen im Prinzip weit mehr in die Produktionsorganisationen ein, als sie der Menschenökonomie Rechnung tragen, wenn letztere auch nicht in den Folgen unberührt bleibt. Es sind eben Kompromißorganisationen. Seien es einfache Preisvereinbarungen innerhalb der Unternehmungen einer Industrie, seien es Abgaberteilung oder Produktionskartellierung, in welchem Falle jede kartellierte Unternehmung einen bestimmten Kundenkreis eingeräumt erhält, innerhalb dessen sie Monopolstellung hat, seien es Produktionskartelle, in denen die Größe der Einzelproduktion auf der Basis bestimmter Jahresdurchschnittserzeugnisse festgelegt wird, oder seien es Betriebskartelle, wo eine gemeinsame Absatzorganisation die alleinige Bezugsstelle der kartellierten Waren darstellt.

Ist aber die Fortentwicklung einer Industrie an derartig komplizierte Ursachenverknüpfungen gebunden, wie es in Deutschland der Fall ist, wo sie in Kampfstellung steht gegen die höchstentwickelten Industrien des Auslandes, gegen die sich im und nach dem Kriege vollzogene Neuverteilung der Weltabsatzgebiete, gegen Inflationsverfälscherung valutärisch niedergehenden Volkswirtschaften — dann handelt es sich nicht mehr um die Ueberwindung einer zeitweiligen Krise, sondern um den Weiterbestand der Industrie überhaupt, und dieses Problem erfordert durchgreifende Neuorganisationen. Das Zeichen unserer Wirtschaft ist die Spezialisierung und die Zusammenfassung. In diesen beiden Tatsachen mußte also das Drehmoment der Neuorganisation verankert werden. Die Anfänge dazu stellten sich dann auch zwangsläufig ein. Die großen Werke erweiterten sich einerseits zu Konzernen: Klöcker, Kirdorf, Stumm, schufen sich eine feste Basis, gliederten sich Ergänzungsberichte an, und schlossen sich andererseits zu mächtigen Kartellen zusammen, wie wir sie im Kohlsyndikat, im Robeisen- und Stahlwerksverband etc. verkörpert sehen. Daneben stellten sich die großen traditionellen Familien-Unternehmungen, Krupp, Thyssen, Haniel etc. Die Gesamtheit all dieser Unternehmungen, die sich als „Westdeutsche Großeisenindustrie“ in die deutsche Volkswirtschaft einschaltet, ist, im

400 M, 23. 1.: 60,44 M, Chemnitz 2. 1.: 218,25 M, Crefeld 18. 1.: 92,50 M, Clausthal 14. 1.: 34,10 M, Dillenburg 21. 1.: 600 M, 25. 1.: 500 M, Duisburg 14. 1.: 1215,55 M, 14. 1.: 984,35 M, 23. 1.: 1500 M, Düsseldorf 13. 1.: 400 M, Düren 25. 1.: 1000 M, Eberfeld 18. 1.: 1631,70 M, Fulda 23. 1.: 1000 M, Gelsenkirchen 18. 1.: 868,19 M, St. Georgen 18. 1.: 7,10 M, Gladbach 20. 1.: 900 M, 21. 1.: 900 M, Gladbach 23. 1.: 13,60 M, Götting 9. 1.: 40,30 M, Göttingen 18. 1.: 40,27 M, 18. 1.: 15 M, Grevenbrunn 18. 1.: 107,45 M, 22. 1.: 50,10 M, Hamm 22. 1.: 147,72 M, 22. 1.: 163,30 M, Harnburg 25. 1.: 57,31 M, Hannover 7. 1.: 617,88 M, Hildesheim 7. 1.: 500 M, 16. 1.: 200 M, 25. 1.: 500 M, Hindenburg 9. 1.: 500 M, 11. 1.: 100 M, Höchst 4. 1.: 360 M, 27. 1.: 500 M, Hünfeld 23. 1.: 441,30 M, Jauer 12. 1.: 18,87 M, Jülich 18. 1.: 226,60 M, Jülich 18. 1.: 250 M, 22. 1.: 36,90 M, Karlsruhe 26. 1.: 169,75 M, Kempten 18. 1.: 250 M, Kiel 28. 1.: 500 M, Königswald 25. 1.: 11,89 M, Künz 13. 1.: 106,95 M, Lauchertal 30. 1.: 50 M, Leipzig 22. 1.: 200 M, Lüdenscheid 22. 1.: 333,05 M, Ludwigshafen 19. 1.: 369,79 M, Marfied 14. 1.: 94,50 M, Mechernich 15. 1.: 300 M, Meisen 14. 1.: 19 M, Menden 22. 1.: 294,92 M, Meitern 26. 1.: 400 M, Maßdorf 12. 1.: 67,15 M, Mühlhausen 18. 1.: 51,11 M, Mühlheim 21. 1.: 200 M, 18. 1.: 602,13 M, Münden 18. 1.: 89,92 M, Neheim 22. 1.: 25,93 M, Neife 21. 1.: 26,70 M, Nürnberg 8. 1.: 535,21 M, 11. 1.: 206,67 M, 27. 1.: 100 M, Obereichardt 21. 1.: 38,11 M, Oer 2. 1.: 168,72 M, 18. 1.: 224,07 M, Oisberg 6. 1.: 450 M, 18. 1.: 291,69 M, 19. 1.: 300 M, Papenburg 28. 1.: 29,81 M, Peine 27. 1.: 38,20 M, Plettenberg 18. 1.: 141,15 M, 22. 1.: 90,80 M, Pfortheim 8. 1.: 500 M, Primmelen 18. 1.: 55,54 M, Rasthof 13. 1.: 6,25 M, Radolfzell 27. 1.: 75,49 M, Ravensburg 25. 1.: 44,95 M, Saalfeld 22. 1.: 45,90 M, Saarau 13. 1.: 83,43 M, Schönaich 16. 1.: 81,43 M, Schönwald 25. 1.: 2,86 M, Schramberg 25. 1.: 120 M, Schweidnitz 13. 1.: 55,55 M, Schwelm 18. 1.: 270 M, Schültenried 22. 1.: 52,15 M, Siegen 28. 1.: 133,35 M, Solingen 2. 1.: 1500 M, Stolberg 25. 1.: 966,57 M, Trüberg 12. 1.: 76,70 M, Trier 21. 1.: 187,28 M, Turlingen 12. 1.: 130 M, Ulm 16. 1.: 113,30 M, Völsberg 21. 1.: 941,96 M, Warstein 29. 1.: 216,49 M, Weingarten 18. 1.: 77,35 M, Weisburg 21. 1.: 1,61 M, Werderhof 18. 1.: 396,25 M, 29. 1.: 210 M, Wilhelmshaven 26. 1.: 149,30 M, Wormditt 25. 1.: 6,95 M, Würzburg 15. 1.: 110,20 M, Wismar 8. 1.: 8,25 M. Die Verwaltungsjahresabrechnung sollen die genannten Geldbeingänge mit den von ihnen eingesandten Rechnungsgeldern vergleichen und etwaige Anträge umgehend der Hauptkasse mitteilen.

großen Rahmen betrachtet aber derselben wirtschaftlichen Planlosigkeit wie die übrigen Industrien der Welt unterworfen.

Jede Unternehmung sucht sich einen Platz auf dem Markt der Welt zu erobern, bedarf dazu aber, je größer die Zahl ihrer Mitbewerber ist, um so kräftigeren Anstrengungen. Diese äußern sich in einmal ständig vergrößerten Ausgaben für Reklame- und Propaganda-, also Werbekosten, die später im Verkaufspreis wieder eingeholt werden müssen, und in gegenseitiger Konkurrenz. Die Konkurrenz auf den Märkten ist nun entweder eine Qualitäts- oder eine Preisfrage oder beides. In unserer heutigen Wirtschaft dürfte dem Preismoment die größte Bedeutung zukommen. Schon einmal ist in unserer Wirtschaftsepochen das Konkurrenzmotiv zu einer stark vorwärts drängenden Entwicklungskraft geworden. Das war in den 80er und 90er Jahren. Damals hatte der Drang nach der Vorherrschaft zu aufreibenden Konkurrenzkämpfen geführt, die wie Sieg oder Untergang endeten. Jahrelang verausgabte sich die beste Kraft in der Unterbietung der Konkurrenten. Bis weit unter das Existenzminimum fallende Löhne und Gehälter, Heraussetzung der Arbeitszeit bis zur Grenze des Möglichen, Aufzehrung der letzten Kapitalreserven, das waren die Kampfmittel. Und dennoch siegte geschäftlich der Stärkere über den Schwächeren, wurde dabei selbst aber so erschöpft, daß sich die Ueberlebenden zusammenschlossen, um der Gefahr erneuter Kämpfe zu entgehen. So entstanden die Verbände, Kartelle und Syndikate.

Heute liegen die Verhältnisse, wenn auch wesentlich verwickelter, so doch im Prinzip ganz ähnlich. Die internationalen Industrien sind gewaltig angewachsen, die qualitative und quantitative Produktionstechnik hat einen beispiellosen Entwicklungsstand erreicht, aber: die wirtschaftliche Planlosigkeit hat in keinem Verhältnis dazu abgenommen, und hier liegen die Wurzeln des Übels: Die Jagd nach den Absatzgebieten des Weltmarktes nahm ein immer schnelleres Tempo an, belastete die Unternehmungen mit immer höheren Unkosten und zeitigte so einen Zustand schärfster Spannung, der sich plötzlich 1914 jääh entspannte — Deutschland trat vom Weltmarkt zurück. Im folgenden Jahrzehnt setzte dann unter den übriggebliebenen Konkurrenten die neue Verteilung der Absatzgebiete ein. Deutschland war ausgeschlossen!

Als Deutschland nun 1924 auf dem Boden der neuen Währung und des Arbeitszeitverlustes wieder auf dem Markt erschien, da stand seiner Industrie ein neues, fertiges, geschlossenes Ganzes gegenüber, das die Jahre und die erzielten Gewinne dazu benutzt hatte, sich technisch und wirtschaftlich auf eine Höhe zu schrauben, die weit über des Deutschen Möglichkeit lag. Diese Abwehrmauer mit ihrem starken Vorwerk der französischen Inflation wäre unüberwindbar gewesen, wenn nicht ein Moment bestanden hätte, das ungelöst geblieben war: die wirtschaftliche Planlosigkeit. Gelänge es, dieser Planlosigkeit Planwirtschaft entgegenzustellen, dann wäre eine große Gefahr abgewendet. Mancher Schritt nach diesem Ziele ist getan wieder auf dem Wege des Zusammenflusses. Wir haben das eingangs gesehen. Zusammenfluß hat an und für sich ja auch schon den „Plan“gedanken in sich. Man könnte den Zusammenfluß vielleicht als „detaillierte Planwirtschaft“ bezeichnen. Ein weiterer großer Schritt ist zweifellos die Gründung des Montan-Zusammenschlusses. Hier ist zum ersten Male in der Großindustrie der Wille gezeigt, von der veralteten Wirtschaftsweise freizukommen und dem Plangedanken Wirklichkeit zu verleihen, den übrigens der alte Thobien in seinem genialen Weirbild schon vor einem Jahrzehnt verlangte, ohne Gehör zu finden. Von diesem Anfang bis zum Ziel ist freilich ein weiter Weg. Ob er sich bei der konservativen Einstellung des Deutschen vollenden wird, die Frage steht offen. Aber schließlich, die großen amerikanischen Trusts haben auch klein angefangen und haben erobert müssen. In Deutschland wird wahrhaftig die bittere Notwendigkeit den Zusammenfluß innerhalb der Industrie vollenden.

(Schluß folgt.)